

ALLGEMEINES

Datenreport 2013. Nie zuvor waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig. 2012 ist ihre Zahl im siebten Jahr in Folge gestiegen. Das deutsche „Jobwunder“ wird gern zum Vorbild für andere Länder genommen. Ein Blick auf die ungleiche Einkommensverteilung zeichnet ein anderes Bild der deutschen Gesellschaft. Vom wachsenden Wohlstand profitieren längst nicht alle Menschen. Das Risiko, in Armut abzurutschen, ist für einige Gruppen gestiegen. Welche Erklärungen gibt es für diese unterschiedlichen Entwicklungen? Was steckt hinter dem deutschen „Jobwunder“? Wer ist besonders von Armut bedroht? Antworten auf diese und andere Fragen gibt der Datenreport 2013, ein Sozialbericht für Deutschland, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP). Statistiker und Sozialforscher haben darin objektive Daten zur Gesellschaft sowie empirische Ergebnisse zu subjektiven Erwartungen und Einstellungen der Menschen zusammengetragen. Quelle: WZB 26.11.2013

1953-2013. 60 Jahre Bürgermeister-Reuter-Stiftung. Festschrift. Hrsg. Bürgermeister-Reuter-Stiftung. Berlin 2013, 112 S., EUR 12,80 *DZI-E-0715*
Die ursprünglich für Flüchtlinge aus der damaligen sowjetischen Besatzungszone im April 1953 gegründete Bürgermeister-Reuter-Stiftung widmet sich heute der Aufgabe, Studierenden, Touristen und Arbeitnehmenden aus aller Welt bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen, und leistet damit einen Beitrag zur Völkerverständigung und Friedenssicherung. Anlässlich des 60. Gründungsjubiläums der Stiftung erschien diese Festschrift mit Beiträgen zu ihrer Geschichte und ihrem derzeitigen Wirken. Eingangen wird unter anderem auf die politischen Ideale Ernst Reuters, auf dessen Weltanschauung und Lebensweg sowie auf die Satzung und das Profil der Organisation. Zudem enthält das Buch Kurzporträts junger Menschen, die in den Wohnheimen der Stiftung leben, sowie einen Überblick über die Zusammensetzung des Aufsichtsrates und des Vorstandes der beschriebenen Institution. Bestellanschrift: Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Iranische Straße 6, 13347 Berlin, Tel.: 030/49 10 22-0, Internet: www.brst.de

Dauerausstellung über politische Haft. Als Auftaktveranstaltung für das neu eröffnete „Menschenrechtszentrum Cottbus“ begann im alten, von ehemaligen Insassen gekauften Cottbuser Gefängnis am 10. Dezember vergangenen Jahres eine interaktive und multimediale Dauerausstellung mit Biographien und Berichten von 28 politischen Häftlingen der Jahre 1933 bis 1989. Bei diesen handelte es sich überwiegend um sogenannte „Republikflüchtlinge“ oder „staatsfeindliche Hetzer“, die teilweise von der Bundesrepublik freigekauft wurden. Die unter

dem Titel „Karierte Wolken“ laufende Initiative veranschaulicht anhand von Fotos und Dokumenten das politische Unrecht des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur. Im Blickfeld stehen die Gründe der Inhaftierung, das Leben in der Strafanstalt sowie die Rahmenbedingungen der Verfolgung und Repression. Quelle: *menschenrechte Nr. 1/2013*

Internationaler Tag des Ehrenamtes. Zur Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements fand am 5. Dezember letzten Jahres der Internationale Tag des Ehrenamts statt, an dem die öffentliche Wahrnehmung der freiwilligen Arbeit durch vielfältige Aktivitäten gefördert werden soll. Der im Jahr 1985 von den Vereinten Nationen beschlossene „International Volunteer Day for Economic and Social Development“ ersetzt in Deutschland den Tag des Ehrenamtes, der früher am 2. Dezember begangen wurde. Wer Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit hat, kann sich an einen der insgesamt 9 000 Kreis- und Ortsverbände des Sozialverbandes Deutschland (VdK) wenden, um Auskunft über geeignete Einsatzmöglichkeiten zu erhalten. Quelle: *VdK Zeitung Dezember 2013/Januar 2014*

SOZIALES

Internetüberwachung von Arbeitslosen. Um gegen einen Missbrauch von Sozialleistungen vorzugehen, hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der eine Internetüberwachung zur Aufdeckung von Nebeneinkünften durch professionellen Onlinehandel, wie beispielsweise durch großangelegte Geschäfte bei der Verkaufsplattform Ebay, ermöglichen soll. Das Bundesarbeitsministerium erklärte, das Vorhaben werde im Hinblick auf seine Verfassungskonformität überprüft. Ob es tatsächlich umgesetzt wird, hängt von der neuen Bundesregierung ab. Bei der Linkspartei, den Grünen und einigen Verbänden stießen die Pläne auf Kritik. Anstatt Erwerbslosen und Menschen mit geringem Einkommen nachzuspüren, solle die BA lieber dafür Sorge tragen, dass die Rechte von Menschen, die Leistungen der Grundsicherung erhalten, gewahrt bleiben. Laut der BA ist die verstärkte Kontrolle von Aktivitäten im Internet nur eine von mehr als 100 geplanten Maßnahmen. Quelle: *SoVD Soziales im Blick Dezember 2013*

Alter und Behinderung – Behinderung und Alter. Herausforderungen für die Gesellschaft. Hrsg. Deutsches Rotes Kreuz e.V. Selbstverlag. Berlin 2012, 156 S., kostenlos *DZI-E-0643*
Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, des medizinischen Fortschritts und der dadurch höheren Anzahl älterer Personen mit einem Handicap fand am 21. und 22. April 2010 in Berlin eine vom Deutschen Roten Kreuz in Kooperation mit dem Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft realisierte Fachtagung zum

Thema „Alter und Behinderung“ statt. Die Tagung hatte das Ziel, ein Forum für die Diskussion um die Inklusion herzustellen. Die hier versammelten Beiträge vermitteln einen Einblick in den aktuellen Diskurs und geben Anregungen für die Entwicklung eigener Projekte. Im Blickpunkt stehen beispielsweise Fragen der Sozialpolitik und der Sozialraumorientierung, juristische Aspekte, die Eingliederungshilfe, die Diskriminierung der thematisierten Bevölkerungsgruppe in der Schweiz und die Belange im Zusammenhang mit Demenz. Darüber hinaus enthält die Broschüre einige Berichte aus der Praxis der professionellen Arbeit und Impulse zu deren Veränderung. Bestellanschrift: Deutsches Rotes Kreuz e.V., Cartennstraße 58, 12205 Berlin, Tel.: 030/854 04-0, Internet: www.drk.de

Mehr Geld für die Integration behinderter Menschen. Laut dem Jahresbericht des Integrationsamtes im Landesamt für Gesundheit und Soziales in Berlin sind die Mittel für die berufliche Teilhabe von Menschen mit einem Handicap aufgrund von Mehreinnahmen durch die Ausgleichsabgabe im Zeitraum 2008 bis 2012 von 19,4 Mio. auf 21,9 Mio. gestiegen. In den Jahren 2010 und 2012 wurden ungefähr die Hälfte der Beträge für Leistungen an die Arbeitgebenden und zirka ein Viertel für die Integrationsfachdienste aufgewandt. Die Maßnahmen sollen dazu beitragen, das in der Behindertenrechtskonvention verankerte Leitbild der Inklusion sowie eine möglichst weitreichende Partizipation am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben zu verwirklichen. Daher zielen die Anstrengungen des Integrationsamtes hauptsächlich darauf ab, Beschäftigungsverhältnisse schwerbehinderter Menschen zu ermöglichen und zu unterstützen. Quelle: *Berliner Behinderten Zeitung* Dezember 2013/Januar 2013

GESUNDHEIT

Mobile AOK-Arztapp. Versicherte, die auf der Suche nach einer wohnortnahmen Arztpaxis sind, können die AOK-Arztapp benutzen, die inzwischen auch zum kostenlosen Download für Smartphones mit den Betriebssystemen Android und iOS verfügbar ist. Neben dem Arztnavigator enthält die Anwendung eine Funktion zur anonymen Bewertung der medizinischen Fachkräfte und einen Vorsorge- und Terminplaner mit Hinweisen zur Früherkennung, Zahrvorsorge und Schwangerschaftsvorsorge, zu Impfungen und zu Untersuchungen für Kinder. Darüber hinaus bietet die App eine AOK-Geschäftsstellensuche und Informationen zu den selbst zu finanzierten „individuellen Gesundheitsleistungen“. Die App kann im Internet unter der URL www.aok.de/arztapp heruntergeladen werden. Quelle: AOK 4.2013

Sensibilisierung für Antibiotikaresistenz. Bakterielle Infektionen, die resistent gegen Antibiotika sind, gefährden die öffentliche Gesundheit. Als wichtigste

Maßnahme empfiehlt sich daher ein umsichtigerer Umgang mit Antibiotika, um die weitere Ausbreitung und Entwicklung antibiotikaresistenter Bakterien zu stoppen. Die Verabreichung von Antibiotika ist sowohl bei Menschen als auch Tieren häufig nicht notwendig und unangemessen. Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten erklärte im Jahr 2008 den 18. November zum Europäischen Tag der Sensibilisierung für Antibiotikaresistenz. Damit wurde eine Plattform zur Unterstützung nationaler Kampagnen in ganz Europa geschaffen. Bereits im sechsten Jahr in Folge fanden im vergangenen Herbst in 40 Ländern Veranstaltungen zu diesem Thema statt. Die auf der Website des Aktionstags veröffentlichten Informationen liegen in allen EU-Amtssprachen vor und richten sich an die Öffentlichkeit sowie an Fachpersonal und Ärzte in der medizinischen Grundversorgung und in Krankenhäusern, die üblicherweise Antibiotika verschreiben. Auch über Twitter (@EAAD_EU) und Facebook (<https://www.facebook.com/EAAD.EU>) wird zunehmend auf das Problem der Antibiotikaresistenz aufmerksam gemacht.

Quelle: *sanco-health-eu-newsletter* vom 21.11.2013

JUGEND UND FAMILIE

Verzögerung beim Ausbau von Kindertagesstätten. Laut einem Gesetzentwurf des Bundestages vom November 2013 sollen die Fristen für den Ausbau von Kindertagesstätten ausgedehnt werden. Dies wurde damit begründet, dass es insbesondere in Ballungszentren zu Verzögerungen gekommen sei, den seit dem August vergangenen Jahres geltenden Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für ein- und zweijährige Kinder zu verwirklichen. Zudem habe die Flutkatastrophe im vergangenen Sommer Probleme verursacht. So wurde beschlossen, die Fristen für 7,5 % der Baumaßnahmen im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013“ um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2014 zu verlängern. Auch die Fristen für den Abruf von Mitteln aus dem Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2013-2014“ haben sich verschoben, und zwar für 25 % des Gesamtvolumens auf Ende 2015 statt Ende 2013 und für weitere 25 % auf Ende Juni 2016 statt Ende März 2014. Die Neuregelung wurde von allen Fraktionen begrüßt und ohne vorherige Ausschusseratungen verabschiedet. Quelle: *Das Parlament* vom 2.12.2013

Arbeitshilfe „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“. In den letzten Jahren haben ambulant betreute Wohngemeinschaften erheblich an Bedeutung für das Wohnen und die Pflege von älteren Menschen gewonnen. Gleichzeitig haben sich die Rahmenbedingungen für diese Wohn- und Versorgungsform erheblich verändert. Insbesondere die neuen Regelungen der Pflegeversicherung und der Heimgesetze spielen dabei eine Rolle. Über den aktuellen Stand informiert die umfas-

send überarbeitete und ergänzte Arbeitshilfe der Bank für Sozialwirtschaft. Die Publikation zeigt auf, welche Anforderungen an die Umsetzung einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft gestellt werden: die rechtlichen Betriebs- und die baulichen Funktionsvoraussetzungen, die Versorgungssicherheit sowie Aspekte der Marktfähigkeit eines Projektes. Ein weiterer Schwerpunkt der Veröffentlichung liegt auf der Finanzierung der Anlauf-, Investitions- und Betriebskosten einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft. Die Arbeitshilfe „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“ steht auf der Website der BFS unter der URL https://www.sozialbank.de/bfs_publikationen/#c623 zum kostenlosen Download zur Verfügung. Quelle: *Trendinformationen vom 19.11.2013*

Kinderwohl und Kinderrechte für minderjährige Flüchtlinge und Migranten. Eine Sammlung von Texten und Materialien. Hrsg. Deutsches Rotes Kreuz und Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. Berlin 2012, 127 S., kostenlos *DZI-E-0642* Kinder gehören zu denjenigen Personengruppen, die unter Fluchterfahrungen besonders stark leiden. Als Ansatzpunkt für die Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote gibt diese Broschüre Einblick in die gesellschaftspolitische Diskussion um die Rechte von Kindern von Flüchtlingen und anderen Migrantengruppen in Deutschland. Die Einzelbeiträge beschreiben die im Juli 2011 entstandene Kampagne „Jetzt erst Recht(e)! Für Flüchtlingskinder!“, die inzwischen zurückgenommenen Vorbehalte Deutschlands gegen die UN-Kinderrechtskonvention und den Einfluss von Kategorisierungen auf die Integrationschancen. Weitere Texte befassen sich mit dem DRK-Suchdienst für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und mit der Umsetzung des Kindeswohls in aufenthaltsrechtlichen Verfahren und in der Jugendhilfepolitik, ergänzt durch Hinweise zu globalen Fragen des Kinderschutzes und zur historischen Entwicklung der Rechtsprechung zum Kindeswohl seit Anfang des 20. Jahrhunderts. Bestellanschrift: Deutsches Rotes Kreuz, Generalsekretariat, Team Migration – Interkulturelle Öffnung – Inklusion, Carstennstraße 58, 12205 Berlin, Tel.: 030/854 04-0, Internet: www.drk.de

Verlängerung der Bundesprogramme gegen Schulverweigerung. Durch Restmittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) können die Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ um ein halbes Jahr verlängert werden. Seit Herbst 2008 wurden insgesamt rund 125 500 junge Menschen unterstützt. Das Volumen an ESF-Mitteln beträgt 191,5 Mio. Euro. In der ESF-Förderphase 2014 bis 2020 plant das Bundesfamilienministerium ein neues Modellprogramm: „JUGEND STÄRKEN im Quartier“ wird die bewährten Elemente der bisherigen Programme der Initiative JUGEND STÄRKEN bündeln und weiterentwickeln. Die Projektträger der Programme können sich unter kom-

13.2.2014 Hannover. Wir können auch anders! Fachtag zur Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Eltern in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendhilfe und Kinderschutz. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/350 00 52, E-Mail: info@gesundheit-nds.de

26.2.2014 Frankfurt am Main. Fachkonferenz: Sucht 2020 – Chancen und Grenzen der Neuen Medien in der Prävention, Beratung und Therapie. Information: Prof. Dr. Heino Stöver, Fachhochschule Frankfurt, Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 33-28 23, E-Mail: hstoever@fb4.fh-frankfurt.de

27.2.2014 Hannover. Fachtagung zur Arbeit in der Kindertagesstätte: Früh übt sich – ... Professionalität – Auftritt – Selbstbewusstsein. Information: Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V., Goseriede 10, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/12 40 05 08, E-Mail: zentrale@bw-verdi.de

5.-7.3.2014 Interlaken/Schweiz. Kongress der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie: Sexualität, Devianz, Delinquenz. Information: Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie c/o Departement für Strafrecht, Av. Beauregard 11, CH-1700 Freiburg, E-Mail: info@kriminologie.ch

7.3.2014 Frankfurt am Main. Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft e.V.: Neue Impulse für die präventive Budgetberatung durch Referenzdaten und Referenzbudgets. Information: Dr. Heide Preuß, Institut für Wirtschaftslehre des Haushalts und Verbrauchsforschung, Bismarckstraße 37, 35390 Gießen, E-Mail: heide.preusse@haushalt.uni-giessen.de

25.-27.3.2014 Hannover. Fachmesse: Altenpflege 2014. Information: Fachausstellungen Heckmann GmbH, Messegelände Europaallee, Bürohaus 7, 30521 Hannover, Internet: www.heckmannmbh.de

27.-30.3.2014 Bad Kissingen. Jahrestagung der Milton Erickson Gesellschaft für Klinische Hypnose. Hypnotherapie: Sucht, Sehnsucht und Visionen. Information: Congress Organisation Claudia Winkhardt, Griegstraße 32a, 14193 Berlin, Tel.: 030/36 28 40 40, E-Mail: mail@cwcongress.org

3.-4.4.2014 Linz. 11. Internationales NPO-Forschungscolloquium: Ressourcenmobilisierung durch Nonprofit-Organisationen. Theoretische Grundlagen – empirische Forschungsergebnisse – praktische Handlungsperspektiven. Information: Prof. Dr. René Andeßner, Institut für Public und Nonprofit Management, Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz, Tel.: 00 43/(0)7 32/24 68 44 03, E-Mail: npo-colloquium2014@jku.at

munaler Federführung für das neue Modellprogramm 2014 neu bewerben. Der Beginn des Auswahlverfahrens wird Anfang des Jahres im Internet unter der URL www.jugend-staerken.de bekannt gegeben. Weitere Informationen können unter www.zweitechance.eu abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 9.12.2013

Geschwister. SOS Dialog. Fachmagazin des SOS-Kinderdorf e.V. 2012. Hrsg. SOS Kinderdorf e.V. Selbstverlag. München 2012, 69 S., kostenlos *DZI-E-0661*

Geschwisterbeziehungen spielen für die Sozialisation und die Identitätsfindung eine wesentliche Rolle. Um deren Bedeutung in der außerfamiliären Unterbringung aufzuzeigen, beleuchtet diese Broschüre ihre Relevanz in der stationären Erziehungshilfe in Heimen und Kinderdörfern aus der Perspektive der Einrichtungen, aus Kindersicht und in Bezug auf diagnostische Verfahren zur Einschätzung einer getrennten oder gemeinsamen Unterbringung. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit der rechtlichen Situation, der Praxis der Jugendämter und dem aktuellen Stand der Forschung zum gewählten Thema. Veranschaulicht wird die Darstellung durch Porträts von vier Schwestern aus einer Problemfamilie. Bestellanschrift: SOS-Kinderdorf e.V., Sozialpädagogisches Institut (SPI), Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 60-432, Internet: www.sos-fachportal.de/mmediathek

AUSBILDUNG UND BERUF

Open Access. Die Alice Salomon Hochschule in Berlin hat mit der Entwicklung und Einrichtung eines Publikationsservers begonnen, der zum Ende des Jahres in Betrieb genommen werden soll. Zurzeit werden die technischen, inhaltlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Veröffentlichung elektronischer Publikationen geschaffen. Insbesondere die Lehrenden und Forschenden der Hochschule sollen ermutigt werden, ihre Publikationen unter einer Open-Access-Lizenz zu veröffentlichen. Das Ziel ist eine umfassendere Informationsversorgung vor allem Studierender, aber auch anderer Interessierter. Die eingestellten Inhalte sollen weltweit über eine strukturierte Suchoberfläche und mittels technischer Schnittstellen auch über Google Scholar und BASE aufgefunden und abgerufen werden können. Weitere Informationen über das Projekt Open Access sind im Internet unter der URL www.open-access.net erhältlich. Quelle: Alice Wintersemester 2013/14

Was sollen Männer in Kitas? Eine Erörterung von Michael Cremers und Jens Krabel. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. und Lambertus Verlag. Berlin/Freiburg 2013, 62 S., EUR 7,50 *E-0637*

Das Thema der fröhlpädagogischen Arbeit von Männern führte in den letzten Jahren international zu Diskussionen

in Politik und Gesellschaft. Als Maßnahme gegen den Fachkräftemangel soll nun in allen Ländern der Europäischen Union die Laufbahn in diesem Bereich für Männer attraktiver gestaltet werden. Ausgehend von einer Betrachtung der Datenlage in den deutschen Bundesländern benennt diese Broschüre stereotypische Rollenbilder als Ursache für die genderspezifische Schieflage, um sich dann den Themen der geschlechtersensiblen Berufswahlorientierung und der Professionalisierung der fröhlpädagogischen Erziehung zuzuwenden. In Anlehnung an Initiativen in Norwegen, Dänemark, Schottland und England werden Strategien zur Erhöhung des Männeranteils in Kindertageseinrichtungen aufgezeigt. Nötig seien hierfür vor allem die Analyse von geschlechtertypischen Tätigkeitsaufteilungen, Vorurteilen sowie Arbeits- und Kommunikationsweisen sowie ein gleichstellungsorientierter politischer Ansatz. Bestellanschrift: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Internet: www.deutscher-verein.de

Diakonie erfüllt Forderungen des Bundesarbeitsgerichts. Die Konferenz Diakonie und Entwicklung hat eine neue Arbeitsordnung beschlossen. Damit reagiert die Diakonie auf eine Forderung des Bundesarbeitsgerichts, das im November 2012 das Streikverbot in Kirche und Diakonie an Bedingungen geknüpft hatte. So müssen Gewerkschaften weiterhin organisatorisch in die Verfahren der Arbeitsrechtsetzung in Kirche und Diakonie eingebunden werden. Zu den wesentlichen Neuerungen gehört daher die Besetzung der Dienstnehmerseite der Kommission. Mitwirkungsbereite Gewerkschaften und Mitarbeiterverbände aus den vier Regionen entsenden zukünftig jeweils drei Vertreter oder Vertreterinnen. Die Hälfte der Mitglieder der Dienstnehmerseite muss beruflich im kirchlichen oder diakonischen Dienst stehen. Die ACK-Klausel, nach der die Mitglieder der Kommission einer christlichen Kirche angehören müssen, fällt weg. Die „Rahmenbestimmung Mitgliedschaft“ der Diakonie Deutschland legt außerdem fest, dass diakonische Dienstgeber das Arbeitsrecht nicht mehr einseitig festlegen können. Welches Arbeitsrecht angewandt wird, muss von Dienstgebern und Dienstnehmern gleichermaßen beschlossen werden. Quelle: Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband vom 17.10.2013